

Das Reformtempo erhöhen

Ja zu gesundheitspolitischen Reformen. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung unterstützt gemäss der repräsentativen Umfrage «sondage santé» die wichtigen Reformprojekte in der Gesundheitspolitik. Bund und Kantone sind somit aufgerufen, das Reformtempo zu erhöhen.

Im Rahmen der laufenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind die Neuregelung der Spitalfinanzierung, die Neuordnung der Pflegefinanzierung und die Lockerung des Vertragszwangs zentrale gesundheitspolitische Reformprojekte. In der obligatorischen Krankenpflegeversicherung – auch Grundversicherung genannt – sind die betreffenden Kostenblöcke für das Prämienwachstum von grosser Bedeutung. Insbesondere bilden die stationären und ambulanten Spitalkosten mit zusammen rund 40 Prozent den grössten Kostenblock in der Grundversicherung.

Grosses Sparpotenzial

Auf die Frage, wo denn in erster Linie gespart werden könnte, nannten die von «sondage santé» Befragten jedoch die Ärzte an vorletzter und die Spitäler sogar an letzter Stelle. Das grösste Sparpotenzial sehen die

Befragten darin, dass nicht wegen jeder Kleinigkeit ein Arzt aufgesucht wird. Trotzdem stimmt die Mehrheit der Befragten einer einheitlichen Finanzierung der öffentlichen und privaten Spitäler zu und ist mit der Einführung leistungsabhängiger Fallpauschalen einverstanden. Auch mit der Lockerung des Vertragszwangs, welche politisch stark umstritten ist, und der Verteilung der Pflegekosten auf mehrere Träger ist eine Mehrheit der Befragten einverstanden.

Deutliche Zustimmung

Die Grafik veranschaulicht den Grad der Zustimmung zu den drei wichtigen gesundheitspolitischen Reformprojekten. Eine klare Mehrheit der Befragten stimmt sowohl der einheitlichen Spitalfinanzierung (77 Prozent) als auch einem neuen Kostenteiler in der Alterspflege (69 Prozent) sicher beziehungsweise eher zu. Ebenfalls zugestimmt wird der Lockerung des Vertragszwangs (57 Prozent). Der Grad der Zustimmung ist gegenüber den Umfrageergebnissen im Jahr 2006 für alle drei Vorlagen weiter angestiegen.

Bund und Kantone sind gefordert

Die Resultate der repräsentativen Umfrage «sondage santé» 2007 zeigen, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ein höheres Reformtempo anschlagen möchte als Bund und Kantone. Verschiedene Reformvorlagen kommen trotz ihrer Dringlichkeit kaum vom Fleck. Die politisch zuständigen Gremien sind somit gefordert, die notwendigen Reformen im schweizerischen Gesundheitswesen nun zügig umzusetzen.

Bernhard Wyss
Gesundheitsökonom

«Versicherte rechnen genau»

VisanaFORUM unterhielt sich mit dem Berner Soziologen Franz Neff (rechts), der seit fünf Jahren die «sondage santé» betreut, über die Umfrage und deren Ergebnisse.



Die Bevölkerung ist offensichtlich in gesundheitspolitischen Belangen reformfreudiger als Bund und Kantone. Worauf führen Sie dies zurück?

Franz Neff: Bereits im Vorfeld zur Abstimmung über die Einheitskasse hat sich gezeigt, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung zwar keinen grundlegenden Wechsel des bisherigen Systems der Krankenversicherung wünscht, sich aber durchaus verschiedene Verbesserungen vorstellen kann. Gute Chancen haben Vorschläge, die mehr Gerechtigkeit und Transparenz bringen.

Wenn Sie Politiker wären, was würden Sie aufgrund der Ergebnisse der Umfrage prioritär an die Hand nehmen?

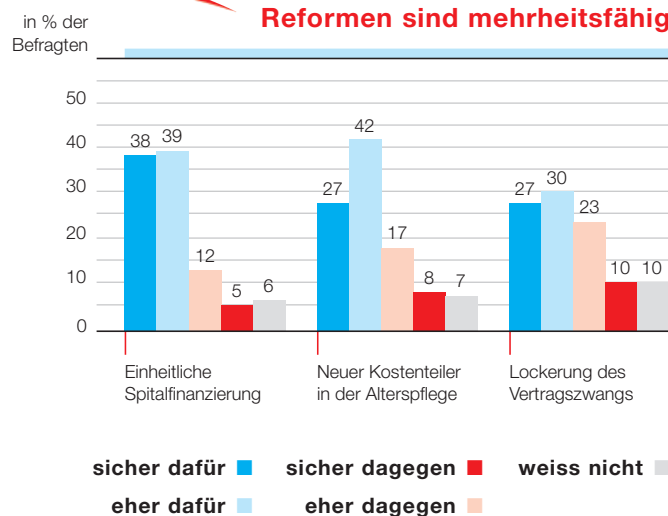
Am meisten Wirkung brächten wohl die drei in der Grafik dargestellten Massnahmen

Spitalfinanzierung, Alterspflege und Lockerung des Vertragszwangs. Bei allen drei Massnahmen bestehen jedoch gegensätzliche Interessen. Es sind Kompromisse nötig. Wenn aber die Folgen der Veränderungen für den einzelnen Versicherten wie für die Öffentlichkeit verständlich dargestellt werden können, sind Mehrheiten für die Reformen möglich. Als Politiker würde ich zusätzlich Anreize setzen, um das Verhalten der Versicherten zu beeinflussen.

Sie betreuen die Umfrage «sondage santé» seit ihrer erstmaligen Durchführung im Jahre 2003. Stellen Sie eine Veränderung in der Haltung der Bevölkerung in gesundheitspolitischen Fragen fest?

Keine grossen. So sprachen sich in diesen fünf Jahren konstant 80 Prozent der Befragten sehr oder eher für das bisherige System mit Kopfprämie und Prämienverbilligungen aus. Auch die Einstellung zum Sparen im Gesundheitswesen oder das Wissen über die Grundversicherung veränderten sich kaum.

Gesundheitspolitische Reformen sind mehrheitsfähig



Die deutliche Mehrheit der Befragten stimmt drei wichtigen gesundheitspolitischen Reformprojekten zu.
(Quelle: «sondage santé» 2007)